

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 20. Mai 1931

Nummer 92

## Bauernhilfsprogramm der KPD

Ein historisches Dokument / Arbeiter und Bauern, gemeinsamer Kampf gegen die Volksfeinde!

Wir veröffentlichen heute das hochbedeutende KPD-Programm der Hilfe für die werktätigen Bauern, das der Führer der deutschen Kommunisten, Genosse Ernst Thälmann, in seiner Rede am Abend der Eisenburger Landtagswahlen (siehe Beilage) der Öffentlichkeit übergab. Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter, Angestellten, die unteren Beamten und Kleinrentner auf, den Kampf der blutenden Bauern um ihre nackte Existenz zu unterstützen und gemeinsam mit der Bauernschaft die Pfändungen und Zwangsversteigerungen zu verhindern.

Dieses historische Dokument muß in alle Dörfer, auf das ganze flache Land getragen werden. Jeder muß sich die Arbeiter der Stadt mit dem Landproletariat und der werktätigen Bauernschaft verbinden und ihr beweisen, daß die Kommunistische Partei allein für die Rettung der hungernden Bauernmassen gegen die Hungeraktion der Volksfeinde kämpft.

### Hilfe für die unterdrückten Bauern

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsbauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

**Wir verlangen Niederzahlung dieser Schuldenlast!**

Die Schuldenzinsen der werktätigen Bauern an die Banken und Geldwechsler betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

**Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!**

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

**Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!**

Die indirekten Steuern, die den werktätigen Bauern beim Kauf von Produkten hart belasten und durch Verteuerung der Lebenskosten der ländlichen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft hart einschränken, eine Hauptursache der hohen Preispanne zwischen Erzeugnis und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark!

**Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!**

Die Pachtlasten der werktätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

**Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!**

18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

**Wir fordern entschädigungslose Entlassung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernjunge!**

2,5 Milliarden Mark gibt die Brüningregierung für sogenannte „Dihilfe“ den ostelbischen Junkern, Großbauern und Gutsherren.

**Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Dithilfemittel ausschließlich für die Werktätigen!**

Die Futtermittel- und Industrielegalspolitik der Brüning-Schleier-Regierung erhöhen die Produktionskosten der deutschen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidepreise verteuern die Lebenshaltung der auf Futtermittel angewiesenen Kleinrentner, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

**Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle!**

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernjunge und Töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen

Produktion. Das von der Kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Straßenbau, Flugregulierung usw., ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

**Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD!**

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß Zehntausende der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinrentner, Bauernjunge, wie auch die Kleinfischer, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

**Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjunge und Kleinfischer!**

Die Befreiung durch Mittelteil, zur wohlverdienenden Sicherung des Lebensabends der alten Bauern und Bäuerinnen.

**Kampf für die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für ein freies sozialistisches Deutschland!**

## KPD-Antrag: Voller Lohnausgleich bei 40 Stunden im Landtag angenommen!

SPD spricht dagegen und stimmt wie Nazis demagogisch dafür / Ebenso beim KPD-Antrag gegen Diktaturverordnung / Schled und Rißinger Vorkämpfer der Waffenfront

Dresden, den 19. Mai 1931.

Die Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtages stand vollkommen unter dem Eindruck der kommunistischen Vorlesung gegen die faschistische sozial- und kulturreaktionäre Diktatur der Regierung im Reich und in Sachsen und ihrer kapitalistischen Auftraggeber.

Den Auftakt bildete die Beratung über die Einführung der 40-Stunden-Woche; es lag hierzu ein SPD-Antrag vor, der nicht die Forderung des vollen Lohnausgleichs stellt, sondern die Frage des Lohns den Vereinbarungen mit den reformistischen Gewerkschaftsverbänden überlassen will. Ferner lag ein Änderungsantrag der kommunistischen Fraktion vor, der die Streichung des Verbräuchenspostums für die reformistischen Gewerkschaftsführer verlangte, und dafür vollen Lohnausgleich bei Einführung der 40-Stunden-Woche forderte. Gegen diesen Antrag, der bereits in der vorhergehenden Sitzung vom Genossen Freilichstein eingehend begründet worden war, wandte sich der sächsische SPD-Vorkämpfer Rißinger mit einer geradezu provokatorischen Rede. Er erklärte, daß die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen werde, weil sie sich nicht von der KPD Basisfraktion machen lassen wolle. Hatte die volksbelagte Tribüne diese Ausführungen mit steigender Empörung angehört, so fanden die markantesten Worte des kommunistischen Redners, Genossen Siegel, kurzweiligen Gehör bei den proletarischen Tribünenbesuchern, als er mit der schändlichen Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer als den Stützen der kapitalistischen Ausbeuter abschloß. Er kennzeichnete die verlogene SPD-Fraktion als „die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich als eine direkte Unterjochung der Lohnarbeiterschaft der deutschen Kapitalisten und ihrer reaktionären Diktatur-

regierungen Brüning und Schled. Wenn die KPD und die SPD die Massen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub mobilisieren, dann im Bewußtsein der Verantwortung als wirkliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse. Auch die SPD-Proletarier erkennen immer mehr, daß die SPD eine Stütze der Kapitalherrschaft geworden ist. Das werktätige Volk wird siegen unter Führung der KPD und kommunistischen Partei.

**Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Dithilfemittel ausschließlich für die Werktätigen!**

Die Unternehmern führen eine ungesetzliche Offenbarung zum Schaden der Masse der Arbeiter und Handwerker um 10 bis 20 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Waffentourenkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 20 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, keine auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinrentner und der Bauernjunge. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der SPD, muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

**Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrübenkontingentierungs-Verordnung vom 27.3.1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennereis der bäuerlichen Kleinbrenner!**

Die Unternehmern führen eine ungesetzliche Offenbarung zum Schaden der Masse der Arbeiter und Handwerker um 10 bis 20 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Waffentourenkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 20 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, keine auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinrentner und der Bauernjunge. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der SPD, muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

**Gegen jeden Pfennig Lohnraub!**

Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Youngplan festgelegten Reparationslasten, bis die deutsche Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herausgesaugt.

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

Meeting für die spanische Revolution heute 20 Uhr im Keglerheim

SLUB Wir führen Wissen.